

27

## Eine neue Milliardenschuld von Österreich an die Entente.

Durch den Friedensvertrag mit Deutschland.

Wien, 25. Juni.

Der von Deutschland angenommene Friedensvertrag hat die Wirkung, daß sich das Interesse der Entente an der österreichischen Zahlungsfähigkeit und Valuta sehr verstärkt. Der Friedensvertrag bestimmt folgendes:

„Deutschland verpflichtet sich, den alliierten und assoziierten Mächten seine gesamten Forderungen an Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei zu übertragen, insbesondere diejenigen, die aus der Erfüllung der gegenüber diesen Mächten während des Krieges von ihm eingegangenen Verpflichtungen gegenwärtig bestehen oder sich künftig ergeben.“

Österreich hat im Laufe des Krieges eine schwebende Schuld in Markwährung in Deutschland aufgenommen, die nach den letzten Ausweisen etwa 3,5 Milliarden betragen hat, jetzt aber durch weitere Kredite für die verschiedensten Zwecke, auch für Kohle und sonstige Einfuhrgegenstände, höher sein dürfte. Diese Schuld von Milliarden muß nach dem Friedensvertrage von Deutschland an die Konferenzmächte übertragen werden. Die Konferenzmächte sind durch diese von Deutschland übernommene Verpflichtung unsere Gläubiger in der Höhe von Milliarden geworden. Diese Tatsache ist von der größten Wichtigkeit, weil sie unser ganzes wirtschaftliches Verhältnis zur Entente ändert. Ähnliches gilt auch für Ungarn. Das wirtschaftliche Interesse der Konferenzmächte war früher auf die Anlagen beschränkt, welche ihre

Staatsbürger vor dem Krieg in Österreich gemacht haben und die insgesamt vielleicht auch die Höhe von Milliarden erreichen, da so große Beträge in den Bahnen und auch in den älteren Renten, namentlich in der Goldrente, stecken. Zu diesen alten Milliarden kommen die neuen hinzu, welche durch die Übertragung unserer schwebenden Schuld an Deutschland ein Guthaben der Konferenzmächte werden. Die Gesetze der Vernunft zwingen somit zu der Voraussetzung, daß es der Entente nicht gleichgültig sein kann, wie sich die Zustände in Deutschösterreich entwickeln, das vorerst ohne jede Berechtigung so behandelt wird, als müßte es die finanziellen Verpflichtungen des früheren Österreich allein übernehmen. Gewiß ist es jedoch für einen großen Teil der schwebenden Milliardenschuld an Deutschland verhaftet. Wenn die Konferenzmächte nur ihren eigenen Vorteil berücksichtigen wollten, könnten sie Deutschösterreich unmöglich Bedingungen auferlegen, durch welche ein ganzes Volk in das größte Elend gestürzt würde.

## Gefahren für die Verlorenung von Wien im nächsten Winter.

In der Antwort auf die deutschen Vorschläge, betreffend das Recht, deutsches Eigentum, das sich auf dem Gebiete der Konferenzmächte befindet, zurückzubehalten, zu liquidieren und, wie die Erklärung der Entente lautet, sich sofort nutzbar zu machen, ist eine Stelle, die für Deutschösterreich von großer Wichtigkeit ist. Deutschland hat nämlich in seinen Gegenvorschlägen verlangt, daß sich das Recht der Liquidation auf das Eigentum beschränke, das sich im Kriege auf feindlichem Gebiete befand. Die Entente ist darauf eingegangen. Sie hat wohl über den Grundsatz der Liquidation gesagt: „Es kann keine Rede davon sein, ihn auf Eigentum zu beschränken, das sich in dem Gebiete befindet, das vor dem Kriege den Alliierten gehörte, oder auf das Eigentum, das bereits während des Krieges liquidiert worden ist.“ In den Erläuterungen wird jedoch von der Entente bemerkt: „Zur Erläuterung mag sofort erwähnt werden, daß Paragraph b des Artikels 297 (eben der Liquidationsparagraf) nur auf das bei Inkrafttreten des Friedensvertrages vorhandene Eigentum in seiner derzeitigen Gestalt angewendet werden wird.“

Daraus geht hervor, daß Deutschland nicht zu fürchten braucht, seine Guthaben aus weiteren Markvorschüssen für Kohle oder für sonstige Zwecke, für Anleihen nach dem Friedensschlusse an die Konferenzmächte abtreten zu müssen. Diese Gefahr ist nach den Erläuterungen ausgeschlossen. Aber da sich unser ganzes Verhältnis zu Deutschland in der Frage der schwebenden Schuld ändert,

so wäre es dringend notwendig, daß sich die deutschösterreichische Regierung Gewißheit verschafft, ob wir für den nächsten voraussichtlich schweren Winter auf die Fortsetzung der wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe von deutscher Seite rechnen können.

Denn eine Politik der Voraussicht müßte schon jetzt alle Vorkehrungen treffen, damit sich durch Nahrungsnot und Kohlenmangel nicht im nächsten Winter eine Katastrophe entwickele. Diese Frage ist für die ganze Bevölkerung viel wichtiger, als die so viel Unruhe erzeugenden Bestrebungen der sozialistisch oder kommunistisch verkleideten Machtpolitiker, die uns schwere Sorgen bereiten, aber keinen Bissen Brot verschafft haben.